


Von: **Pfeiffer Joachim** 
Betreff: RE: dialog 2015 - Gesetzabschaffendes Referendum
Datum: 10. Juni 2015 10:03
An: Reiko Beil - Initiative für außerparlamentarische Meinungsbildung info@dialog-2015.de



Sehr geehrter Herr Beil,

vielen Dank für Ihren Brief vom 27. Mai. Sie bitten um meine Position in Kurzform zu der Frage, ob ich einem gesetzabschaffenden Referendum grundsätzlich zustimmen würde.

Mit einem solchen Referendum soll nach Ihrem Vorschlag jeder Bürger die Möglichkeit haben, über den Verbleib oder die Abschaffung eines Gesetzes mit Ja oder Nein abzustimmen, da bei der Verabschiedung von Gesetzen grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden könne, dass diese sich in Folge negativ auf die Zukunft unseres Landes und unsere Gesellschaft auswirken.

Grundsätzlich würde ich einem solchen Gesetzesvorhaben nicht zustimmen, denn der Bundestag ist nicht nur das gesetzgebende Organ, sondern ebenso zur Evaluation bestehender Gesetze verpflichtet. Sofern sich ein bestehendes Gesetz als schädlich für unser Land und unsere Gesellschaft erweist, ist er angewiesen, einen solchen Schaden abzuwenden und die Ursache zu beheben. Es bedarf dafür keines Referendums.

Die von Bundesinnenminister de Maizière vorgetragene Bedenken im Hinblick auf Volksabstimmungen (Komplexität von Sachentscheidungen und populistische Einflüsse) gelten gleichermaßen für ein gesetzabschaffendes Referendum und ein vorausgehendes 2,5-Prozent-Quorum.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Joachim Pfeiffer MdB

Deutscher Bundestag
Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Post: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Haus: Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 6.364, 10117 Berlin
Fon: (030) 227-75213, Fax: (030) 227-76214